zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Kaumberg

Ausgabe · Oktober 2026 | 561912/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten





303.000 Euro ausgegeben – 111.000 Euro zurück

Grundstücksverkauf beim ehemaligen Gasthaus Rohrer: Warum wir nicht zugestimmt haben

Sehr geehrte Kaumberger!

Der Gemeinderat hat den Verkauf der beiden gemeindeeigenen Liegenschaften beim ehemaligen Gasthaus Rohrer und beim angrenzenden Eilmsteiner-Haus an die Niederösterreichische Bau- und Siedlungsgenossenschaft beschlossen. Geplant sind dort mehr als 15 Wohnungen sowie Räumlichkeiten für ein neues, barrierefreies Gemeindeamt.

Wir als FPÖ und Unabhängige Kaumberg haben diesem Verkauf nicht zugestimmt.

Nicht deshalb, weil wir gegen neue Wohnungen oder gegen ein barrierefreies Gemeindeamt sind. Beides ist für Kaumberg grundsätzlich sinnvoll. Für uns stellt sich aber die Frage, ob die nun beschlossene Lösung auch wirtschaftlich im Interesse unserer Gemeinde ist.

Deshalb möchten wir Ihnen die Zahlen und unsere Gründe für die Ablehnung offen darlegen.

Rund 303.000 Euro Aufwand - 111.000 Euro Verkaufserlös

Für den Ankauf des ehemaligen Gasthauses Rohrer hat die Gemeinde rund 160.000 Euro aufgewendet. Der von der Gemeinde finanzierte Abbruch kostete weitere rund 58.000 Euro.

Das unmittelbar angrenzende Grundstück mit dem Eilmsteiner-Haus wurde erst im vergangenen Jahr um weitere 85.000 Euro zuzüglich Nebenkosten angekauft.
Damit ergibt sich bisher folgender Aufwand:

Ankauf Gasthaus Rohrer:
rund 160.000 Euro
Abbruch Gasthaus Rohrer:
rund 58.000 Euro
Ankauf angrenzende Liegenschaft:
85.000 Euro

Summe: rund 303.000 Euro – Nebenkosten noch nicht eingerechnet.

Beide Grundstücke werden nun gemeinsam um **111.000 Euro** verkauft. Damit liegen zwischen den bisherigen Ausgaben der Gemeinde und dem Verkaufserlös rund **192.000 Euro.**

Genau dieser Unterschied war für



uns einer der wesentlichen Gründe, dem Verkauf nicht zuzustimmen. Wir halten es für notwendig, dass nachvollziehbar erklärt wird, wie der Verkaufspreis zustande gekommen ist und warum diese Variante trotz der bereits getätigten Ausgaben für die Gemeinde wirtschaftlich sinnvoll sein soll.

Künftig muss die Gemeinde Miete bezahlen

Ein weiterer Punkt ist das geplante neue Gemeindeamt. Die Gemeinde errichtet dieses nicht selbst, sondern soll die entsprechenden Räumlichkeiten künftig von der Genossenschaft anmieten.

Nach den derzeit vorliegenden Berechnungen ist von einer Miete von rund **1.500 Euro monatlich beziehungsweise 18.000 Euro jährlich** auszugehen.

Dabei muss auch geklärt werden, wie der Mietvertrag künftig wertgesichert wird. Sollte die Miete

indexiert sein, bleibt es über die Jahre nicht bei den derzeit genannten 1.500 Euro monatlich.

Allein beim heutigen Mietniveau entsprechen 111.000 Euro Verkaufserlös etwas mehr als sechs Jahresmieten. Danach bezahlt die Gemeinde weiterhin Jahr für Jahr Miete, während die Grundstücke nicht mehr im Eigentum der Gemeinde stehen.

Für uns ist daher entscheidend, nicht nur die Kosten der ersten Jahre zu betrachten. Bei einem Gemeindeamt muss in Zeiträumen von Jahrzehnten gerechnet werden. Wir wollen deshalb wissen, welche Belastung sich über zehn, zwanzig oder dreißig Jahre tatsächlich ergibt.

Und was passiert mit dem bestehenden Gemeindeamt?

Dazu kommt ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht noch nicht ausreichend geklärt ist.

Für das derzeitige Gemeindeamt im Gebäude Markt 3 wurde erst vor Kurzem eine thermische Sanierung beschlossen. Unter anderem sollen Dämmmaßnahmen und neue Fenster umgesetzt werden. Damit investiert die Gemeinde weiterhin öffentliches Geld in dieses Gebäude, obwohl das Gemeindeamt künftig an einen anderen Standort übersiedeln soll.

Natürlich ist die fehlende Barrierefreiheit des bestehenden Gemeindeamtes ein Problem, das gelöst werden muss. Trotzdem muss die Frage erlaubt sein, welche zukünftige Nutzung für das sanierte Gebäude vorgesehen ist und ob andere Möglichkeiten für ein barrierefreies Gemeindeamt ausreichend geprüft wurden.

Wir wollen klare Antworten

Wir erwarten uns deshalb eine nachvollziehbare Darstellung der gesamten finanziellen Auswirkungen dieses Projektes und eine ehrliche Kommunikation mit unseren Gemeindebürgern darüber.

Wie hoch waren die tatsächlichen Gesamtkosten der Gemeinde für beide Liegenschaften einschließlich aller Nebenkosten?

Wie wurde der Verkaufspreis von 111.000 Euro festgelegt?

Wie wird der Mietvertrag für das neue Gemeindeamt gestaltet und wertgesichert?

Welche Kosten entstehen der Gemeinde daraus voraussichtlich über zehn, zwanzig und dreißig Jahre?

Welche Vertragslaufzeit ist vorgesehen?

Welche zukünftige Nutzung ist für das bestehende Gemeindeamt geplant?

Warum wurde nicht in Erwägung gezogen, das jetzige Gemeindeamt behindertengerecht umzubauen?

Das sind aus unserer Sicht Fragen, die bei einem Geschäft in dieser Größenordnung beantwortet werden müssen.

Der einzige SPÖ-Vertreter im Gemeinderat, Toni Fink-Binder, hat dem Projekt zugestimmt. Wir als FPÖ und Unabhängige Kaumberg haben dem Verkauf nicht zugestimmt.

GGR Reinhard Lintinger
Ortsparteiobmann



Drei Vorschläge eingebracht

Der Grundstücksverkauf ist nicht das einzige Thema, bei dem wir Entscheidungen der Mehrheit nicht nachvollziehen können. In den vergangenen Monaten haben wir mehrere konkrete Vorschläge eingebracht.

Besseres Internet für die Randlagen

Eine vernünftige Internetverbindung ist heute für Beruf, Schule und Betriebe genauso notwendig wie für viele alltägliche Dinge. Gerade in den Rand- und Streulagen Kaumbergs bestehen aber nach wie vor deutliche Unterschiede bei der Versorgung.

Christian Hafenecker, MA, brachte deshalb für die FPÖ und Unabhängige Kaumberg einen Dringlichkeitsantrag für ein Glasfaser-Versorgungsversprechen ein.

Die Idee dahinter: Solange in einem Gebiet kein entsprechender Glasfaserausbau zur Verfügung steht, sollte die Gemeinde betroffene Haushalte beim Umstieg auf alternative Lösungen wie Satellit, Funk oder Mobilfunk finanziell unterstützen.

Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde mit **12 zu 5 Stimmen abgelehnt.** FPÖ und Unabhängige sowie die SPÖ stimmten dafür, die Fraktion des Bürgermeisters dagegen.

Damit kam es zu keiner inhaltlichen Behandlung des Antrages.

Straßenschäden werden saniert

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Sanierung mehrerer einzelner Schadstellen auf den Gemeindestraßen beschlossen. Diesen Arbeiten haben wir zugestimmt.

Die betroffenen Stellen sollen ausgebessert werden, bevor sich die Schäden weiter vergrößern und später höhere Sanierungskosten entstehen. Aus unserer Sicht ist das eine sinnvolle und notwendige Investition in die bestehende Infrastruktur.

Wo Maßnahmen notwendig, nachvollziehbar und finanziell vertretbar sind, stimmen wir selbstverständlich zu.

– drei Mal abgelehnt

Regional statt Global

Gemeinderat Günter Haas brachte den Dringlichkeitsantrag **„Regional statt Global – Schutz der heimischen Landwirtschaft, Konsumenten und regionalen Lebensmittelversorgung“** ein.

Dabei ging es unter anderem darum, die Möglichkeiten der Gemeinde bei der eigenen Beschaffung stärker für regionale Produkte und heimische Produzenten zu nutzen.

Gerade eine Gemeinde kann dort, wo sie selbst einkauft und Aufträge vergibt, einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten.

Auch bei diesem Antrag wurde bereits die Dringlichkeit **mit 12 zu 5 Stimmen abgelehnt.** FPÖ und Unabhängige sowie die SPÖ stimmten dafür, die Fraktion des Bürgermeisters dagegen.

Auch dieser Antrag wurde daher nicht inhaltlich behandelt.

Bauhof-Schuppen: Sanieren statt neu bauen

Auf Initiative unseres Gemeinderates Gerhard Halbwax haben wir uns außerdem dafür eingesetzt, den bestehenden Schuppen beim Bauhof zu erhalten und zu sanieren, anstatt einen wesentlich teureren Neubau vorzusehen.

Den entsprechenden Antrag habe ich in einer Sitzung des Gemeindevorstandes eingebracht.

Für die notwendige Dachsanierung lagen konkrete Angebote in einer Größenordnung von rund 30.000 Euro vor. Durch Eigenleistungen des Bauhofs – etwa bei Vorarbeiten, Abbruch und Entsorgung – wären die tatsächlichen Kosten für die Gemeinde aus unserer Sicht auf rund **15.000 bis 20.000 Euro** zu reduzieren gewesen.

In der darauffolgenden Vorstandssitzung wurde unser Vorschlag abgelehnt. Als Begründung wurde angeführt, dass dafür derzeit kein Geld vorhanden sei. Gerade deshalb können wir diese Entscheidung nur schwer nachvollziehen. Wenn ein bestehendes Gebäude mit vergleichsweise überschaubarem Aufwand erhalten werden kann, sollte diese Möglichkeit aus unserer Sicht jedenfalls einem wesentlich teureren Neubau gegenübergestellt werden.

Umso schwerer ist für uns nachvollziehbar, warum für eine Sanierung in dieser Größenordnung kein Geld vorhanden sein soll, gleichzeitig aber beim Grundstücksgeschäft eine Differenz von rund 192.000 Euro zwischen bisherigen Ausgaben und Verkaufserlös entsteht und für das neue Gemeindeamt künftig laufende Mietkosten anfallen.

Wenn für die Sanierung des Bauhof-Schuppens 15.000 bis 20.000 Euro nicht vorhanden sind, muss man sich daher schon die Frage stellen, wie die Gemeinde ihre finanziellen Prioritäten setzt.



In eigener Sache

Sehr geehrte und Kaumberger!

Im Juni habe ich mein Mandat im Kaumberger Gemeinderat nach 25 Jahren zurückgelegt.

Diese Entscheidung habe ich bewusst getroffen. Meine Aufgaben im Nationalrat sind in den vergangenen Jahren deutlich umfangreicher geworden. Gleichzeitig bin ich der Meinung, dass ein Gemeinderatsmandat auch die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit verdient. Nach 25 Jahren war für mich daher der richtige Zeitpunkt gekommen, mein Mandat weiterzugeben. Unsere Ortsgruppe ist bei Reinhard Lintinger in guten Händen und auch unsere Mannschaft im Gemeinderat ist gut aufgestellt.

Ich durfte ein Vierteljahrhundert lang im Kaumberger Gemeinderat mitarbeiten, Anträge einbringen und mich mit den großen und kleinen Anliegen unserer Gemeinde beschäftigen. Für das Vertrauen und den Zuspruch, den ich in dieser langen Zeit erfahren durfte, möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken.

Mein Mandat hat Johann Reuscher sen. übernommen. Er kennt Kaumberg und die Anliegen der Menschen und wird sich künftig im Gemeinderat für unsere gemeinsamen Themen einsetzen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, Reinhard Lintinger und seinem Team auch weiterhin Ihr Vertrauen zu schenken und ihre Arbeit im Gemeinderat aufmerksam zu begleiten.

Für mich persönlich ändert sich trotz meines Ausscheidens aus dem Gemeinderat eines nicht: Kaumberg ist und bleibt meine Heimatgemeinde.

Ich werde mich daher auch weiterhin für unsere Gemeinde einsetzen und unserem Team selbstverständlich zur Verfügung stehen. Auch als Abgeordneter zum Nationalrat werde ich dort unterstützen, wo es auf dieser Ebene Möglichkeiten dazu gibt.

Nach 25 Jahren endet damit meine Tätigkeit als Gemeinderat. Mein Interesse daran, was in Kaumberg geschieht und wie sich unsere Gemeinde entwickelt, endet damit selbstverständlich nicht.

Christian Hafenecker, MA
Nationalratsabgeordneter

Karners Polizeireform ist gescheitert!



Was Innenminister Karner als modernes Dienstzeitmanagement verkauft, ist ein Sparpaket auf dem Rücken der Polizei. Wir Freiheitliche haben bereits im Frühjahr davor gewarnt und die aktuellen Erfahrungen aus dem laufenden Probebetrieb bestätigen unsere Kritik. Mehr Dienstantritte, weniger planbare Freizeit, zusätzliche Wochenenddienste und finanzielle Einbußen: Gleichzeitig werden Journaldienste reduziert. Gerade im ländlichen Raum drohen damit weniger Polizeipräsenz und längere Anfahrtszeiten. „Die Polizei hat kein Dienstplanproblem, sondern ein Personalproblem. Fehlende Polizisten kann man nicht mit einem neuen Dienstplan herbeizaubern. Wer die vorhandenen Beamten noch stärker belastet und gleichzeitig den Sparstift ansetzt, schwächt unsere Polizei“, kritisiert FPÖ-NÖ-Sicherheitssprecher LAbg. Andreas Bors.

Auch aus der Polizeigewerkschaft und der Personalvertretung kommt deutliche Kritik am neuen System.

„Unsere Polizisten brauchen mehr Personal, faire Bezahlung und vernünftige Dienstzeiten. Karners gescheitertes Dienstzeitmodell gehört daher gestoppt, im Interesse unserer Polizisten und der Sicherheit unserer Landsleute“, so Bors.

Ihre FPÖ und Unabhängige Kaumberg



GGR Reinhard Lintinger

GR Günter Haas





GR Gerhard Halbwax

GR Johann Reuscher




FPÖ
2026
HEIMAT
Herbst
MONTAG
26
OKTOBER
EINLADUNG ZUR
GULASCHKANONE
VON: 11.00 UHR
BIS: 14.00 UHR
AM MARKTPLATZ IN
KAUMBERG
WIR FREUEN UNS
AUF EUER KOMMEN!
KLARE VERHÄLTNISSE
ALLES FÜR ÖSTERREICH
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs | Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien